

Die Friedrich-Ebert-Stiftung MV hatte zu einer Online-Diskussion am  
02.09.2021 eingeladen

## **Digitalisierung und Kapitalismus – Eine Gefahr für die Demokratie?**

„Mit der Erfindung und Etablierung des Internets wuchs auch die Hoffnung nach mehr freier Meinungsäußerung und niedrigschwelliger Partizipation. Das Internet als Ort für alle bot die Chance für eine demokratischere Gesellschaft.

Mittlerweile stehen dagegen immer häufiger die Interessen der großen Internetkonzerne im Mittelpunkt, die auf ihren Plattformen ungefragt Nutzerdaten sammeln, Fake News und Hass wenig entgegengesetzt und scheinbar kaum dafür zur Verantwortung gezogen werden können.“

(Aus dem Text der Einladung)

(Berichterstatter: Joachim Gasiiecki)

Unter der Moderation durch Johanne Beste von der FES MV referierte Prof. Dr. Joseph Vogl (Literatur- und Kulturwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin) über Inhalte seines 2021 erschienenen Buches „Kapital und Ressentiment“ und berührte damit äußerst aktuelle Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung.

Ausgehend von der Entwicklung des Kapitalismus seit dem 19. Jahrhundert stellte er die These in den Raum, dass die Ökonomen zunehmend die Welt interpretieren. Es wandelt sich das Bild des „homo ökonomus“, der – ausgestattet mit Vernunft, Rationalität und Risikobereitschaft – agiert und seinen eigenen Egoismus als soziale Anwendung zur Wohlfahrt der Gesellschaft versteht. Die kalte, rechnende Vernunft paart sich mit Leidenschaft und führt zu einer ökonomischen Nutzung solcher Eigenschaften wie Geiz, Habgier und Verschwendung – das Ressentiment macht den Menschen zu einem geradezu „giftigen Geschöpf“. Der moderne digitale Kapitalismus zielt auf dieser Grundlage darauf, den entstandenen „Informationskapitalismus“ als eine besondere Form und neue Quelle für den Markt zu nutzen. Die heutige Informationstechnologie führt zur Automatisierung von Betrieben und Börsenhandel, zur radikalen Verringerung der benötigten Arbeitsplätze, zur Minderung der entstehenden Kosten, zur Schaffung von Netzwerken mit entsprechenden Effekten, zum Streben nach Steuervermeidung bei sich steigender Aktivität des Risikokapitals.

In diesem Entwicklungsprozess kommt es zur Bildung von monopolartigen Plattformen wie Facebook und andere, die – geschützt durch ein vom Staat bisher nicht begrenztes „Haftungsprivileg“ – im Rahmen von Privatisierungen immer mehr öffentliche Aufgaben übernehmen und durch diese Besetzung öffentliche Infrastrukturen para-öffentliche Einrichtungen schaffen. Die existierende digitale Technologie bietet die Möglichkeit, praktisch unbegrenzt Daten zu sammeln, aufzubereiten und an andere Interessenten der Wirtschaft zu verkaufen. So erzeugen die Internet-Plattformen selbst neue Märkte, auf denen Unternehmen untereinander konkurrieren und kontrollieren. Es bildet sich eine „neue Macht“ heraus, die als eine „transnationale gouvernementalen Macht“ in die gesellschaftlichen Strukturen und Entwicklungen eingreift, wodurch es zu einer „schleichenden Erosion von rechtsstaatlichen Komponenten“ kommt. Dadurch wird außerhalb der demokratischen Institutionen exekutive Macht ausgeübt.

So entsteht natürlich die Frage, wie hier gegengesteuert werden kann. Das ist schwierig genug. Die heutigen monopolistischen Unternehmensstrukturen sind mit einfachen Mitteln der Liberalisierung nicht zu bändigen. Wir brauchen zielgerichtete Maßnahmen, mit denen man in die Entwicklung des Kapitalismus direkt und wirksam eingreifen kann (Veränderungen rechtlicher Grundlagen, Änderungen der Steuerpolitik, Begrenzung von Ausnahmeregelungen usw.), um die entstandenen Gefahren für den demokratischen Rechtsstaat zu minimieren. Hinzu kommt durch die spezifisch gesteuerte Information und Desinformation eine besondere negative Auswirkung auf das Ressentiment der Staatsbürger zustande, die zu gesteuerten „Netzbürgern“ werden. Aufgabe des Staates wird es künftig sein, den analogen Raum durch die Herstellung solidarischer Bewegungen und Strukturen wieder zu erobern. Für die Sicherung demokratischer Verhältnisse brauchen wir analoge gesellschaftliche Beziehungen. Eine „digitale Demokratie“ – so die Schlussfolgerung des Referenten – wird es nicht geben.

Mit dieser Veranstaltung wurden den Teilnehmern viele notwendige Denkanstöße gegeben, die sicher noch zu weiteren Diskussionen dieses für gegenwärtige und zukünftige Entwicklungen spannenden Themas führen werden.